

STADTUMSCHAU

Der Sprechtag der wirtschaftlichen Jugendhilfe für die Bereiche der Sozialzentren Vahr/Schwachhausen/Horn-Lehe sowie Hemelingen/Osterholz fällt am Montag, 4. November, aus. Grund ist eine Fortbildung der Mitarbeiter. Anliegen im Rahmen des Unterhaltsvorschusses sind nicht betroffen. Ab Mittwoch, 6. November, ist die wirtschaftliche Jugendhilfe wieder wie gewohnt zu erreichen.

Bremer Jubiläumsfrauen 2013 stellt ein Stadtrundgang mit Christine Holzner-Rabe vor, den das Frauenzentrum Belladonna anlässlich seines Silberjubiläums veranstaltet. Der Rundgang widmet sich Bremer Persönlichkeiten, die in diesem Jahr ihr Jubiläum feiern oder feiern würden. Er beginnt am Sonntag, 3. November, um 16 Uhr an den Dompfeilen.

Die Waterfront veranstaltet im Rahmen des internationalen Erzählfestivals Feuerzeichen am 3. November einen verkaufsoffenen Sonntag. Zwischen 13 und 18 Uhr öffnen die Geschäfte ihre Türen. Der Höhepunkt des Tages soll ein Abschluss-Feuerwerk gegen 18.30 Uhr an der 1000 Meter langen Waterfront-Promenade sein.

„Haus-Innendämmung mit Feuchtigkeitsregulierung“ ist das Thema beim Bauraum-Talk am Montag, 4. November. Udo Köhler informiert um 18 Uhr im Ausstellungszentrum Bauraum, Friedrich-Karl-Straße 96. Anmeldungen unter Telefon 52 61 89 51.

„Es ist selten zu spät und nie zu früh“ heißt der Vortrag, den Elisabeth Rütten vom Verein Ambulante Versorgungsbrücken am Mittwoch, 6. November, 15.30 Uhr, im Landhaus Horn, Schwachhauser Heerstraße 264, hält. Veranstalter ist das Deutsche Sozialwerk.

LOTTOQUOTEN

Lotto am Mittwoch: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot 6 247 269,20 Euro; Klasse 2: 9 110 733,50 Euro; Klasse 3: 18 221,40 Euro; Klasse 4: 4 863,30 Euro; Klasse 5: 237,60 Euro; Klasse 6: 50,60 Euro; Klasse 7: 24,50 Euro; Klasse 8: 10,90 Euro; Klasse 9: 5,00 Euro.

„Spiel 77“ am Mittwoch: Klasse 1 „Super 77“: unbesetzt, Jackpot 4 757 94 Euro; Klasse 2: 7 777 Euro; Klasse 3: 777 Euro; Klasse 4: 77 Euro; Klasse 5: 7 Euro; Klasse 6: 17 Euro; Klasse 7: 5 Euro.

„Super 6“ am Mittwoch: Klasse 1: 100 000 Euro; Klasse 2: 6 666 Euro; Klasse 3: 666 Euro; Klasse 4: 66 Euro; Klasse 5: 6 Euro; Klasse 6: 2,50 Euro (ohne Gewähr).

REDAKTION BREMEN

Telefon 0421/36 71 36 90

Fax 0421/36 71 10 06

Mail: lokales@weser-kurier.de

Protest gegen Seelsorge im Krieg

Initiative heftet Thesen an Dom / Aktivisten fordern Trennung von Kirche und Militär



Klare Forderungen der Demonstranten: Mit Anti-Militär-Plakaten unterstützten sie ihre Thesen am St.-Petri-Dom.

FOTO: KOCH

„Die Militärseelsorge muss abgeschafft werden.“ Das forderten gestern Angehörige aus Bremer Kirchengemeinden und Friedensorganisationen. Sie hefteten am Reformationstag ein Thesenpapier an die Tür des St.-Petri-Doms. Laut der Aktivisten legitimieren Pfarrer in den Kriegsgebieten das Töten.

VON ARNO JANSSEN

Bremen. „Du sollst nicht töten“ lautet eines der Zehn Gebote. Eine Forderung aus dem Alten Testament, auf die gestern Anhänger der Initiative zur Abschaffung der Militärseelsorge aufmerksam machten. In Luther-Manier hängten sie ein Thesenpapier an die Tür des St.-Petri-Doms. Auf DIN A2 stand ihr Anliegen am Reformationstag: „Militärseelsorge abschaffen!“

„Die Kirche muss sich endlich aus dem unglücklichen Verhältnis mit dem Militär lösen“, sagt Joachim Fischer von der Deutschen Friedensgesellschaft in Bremen. Der Initiator der Demonstration protestierte mit rund 20 Aktivisten aus verschiedenen Kirchengemeinden und Friedensorganisationen auf den Treppentufen des Doms. „Mi-

litärseelsorger haben in Kriegsländern wie Afghanistan nichts zu suchen“, sagt er. Dort würden sie das Werfen von Bomben und Granaten für die Soldaten nur legitimieren. Die Truppen würden denken: „Wenn der Pfarrer mitkommt, kann das Töten ja nicht so schlecht sein“, so Fischer.

Reinhard Zimmermann von der Andreas-Gemeinde beteiligte sich ebenfalls an der Aktion. Er weist auf eine zentrale Forderung des Thesenpapiers hin: „Seelsorge soll ausschließlich in gemeindeeigenen Räumen angeboten werden.“ Offiziere, Feldweibel und Gefreite hätten dort Kontakt zu zivilen Personen, sagt er. „Durch gemeinsame Gespräche könne man sie dazu bewegen, nicht in den Krieg zu ziehen, sondern für eine friedliche Lösung einzustehen.“ Ob Kontakt-Cafés, Beratungsstellen für Aussteiger oder Seelsorge per Telefon – von der Kirche finanzierte Angebote in der Heimat wären effektiver.

Eine Meinung, die Marlene Beyel, Sprecherin der katholischen Militärseelsorge in Bonn, nicht vertritt. „Die Soldaten brauchen unsere Seelsorger an der Front.“ Viele hätten posttraumatische Erlebnisse und Ängste, die direkt vor Ort aufgearbei-

tet werden müssen. „Nicht ohne Grund ist die Militärseelsorge der katholischen und evangelischen Kirchen ein vom Staat geleisteter Dienst“, sagt Beyel. In den Krisengebieten würden die Glaubensgemeinschaften zusammenarbeiten. Rund 28 Millionen Euro im Jahr gäbe der Staat dafür aus. Etwa 190 Militärpfarrämter wären insgesamt im Einsatz. „Ihre Aufgaben in den Krisengebieten sind vielseitig.“ So halten sie Gottesdienste, planen Religionsunterrichte oder bauen Menschen psychisch wieder auf. „Sie ermutigen aber nicht zum Töten“, betont Beyel. Die Soldaten wären ausschließlich ihrem Gewissen verpflichtet.

Joachim Fischer dagegen hält die Militärseelsorge für überholt. „Die meisten Soldaten sprechen mit ihren Kameraden oder der Familie über Sorgen“, sagt er auf der Demonstration. Der Vertrag zwischen Staat und Kirche gehöre daher gekündigt.



Scannen Sie das Bild oben und sehen Sie sich ein Video zu dem Thema an. Anleitung siehe Seite 1. Sie finden das Video auch unter www.weser-kurier.de/video

Kritik an Bremer Lehrbedingungen

DGB fordert mehr Arbeitsschutz

VON MAX POLONYI

Bremen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat auf der 19. Arbeitsschutzkonferenz im Gewerkschaftshaus die Arbeitsbedingungen von Lehrerinnen und Lehrern im Land Bremen kritisiert. Laut DGB gebe es „erhebliche Defizite bei der Verminderung der körperlichen und seelischen Belastungen der Beschäftigten“. Das Land müsse deshalb im Rahmen des Arbeitsschutzgesetzes weitere Maßnahmen zur Erfassung und Verbesserung der gesundheitlichen Lage der Lehrkräfte einleiten. Das Gesetz, nach dem Arbeitgeber gesundheitliche Gefährdungen ermitteln und reduzieren müssen, gilt seit 1996 auch für Lehrkräfte.

„Bremer Lehrer sind immer häufiger überfordert von dem Aufgabenkatalog, den sie abarbeiten müssen“, sagte Helmut Zachau vom Institut für interdisziplinäre Schulforschung der Universität Bremen, der als Redner zur Arbeitsschutzkonferenz geladen war. „Das betrifft gerade die jungen Leute, die nach dem Referendariat in den Berufsalltag einsteigen und noch mehr als 40 Jahre vor sich haben.“

Krankheitsfälle nehmen zu

Lehrer müssten an Schulen zunehmend Aufgaben übernehmen, für die sie im Rahmen ihres Studiums nicht ausgebildet wurden, berichtete Zachau. „Angesichts der Schüleranzahl in Klassen, der hohen Quote von Kinderarmut im Land Bremen und den Herausforderungen von Inklusionskonzepten werden Lehrkräfte auch immer mehr zu Sozialarbeitern“, sagte er. „Die Breite der Tätigkeit hat enorm zugenommen.“ Als Folge nannte er eine wachsende Fallzahl von psychischen und physischen Erkrankungen, die man beim Bremer Lehrpersonal verzeichnete.

„Der öffentliche Arbeitgeber muss sich endlich an die Richtlinien des Arbeitsschutzgesetzes halten, so wie jedes private Unternehmen“, forderte Joachim Larisch vom Zentrum für Sozialpolitik der Universität, der ebenfalls als Redner der Konferenz geladen war. „Lehrer brauchen mehr Gestaltungsfreiheit im Arbeitsalltag, und es müssen dringend weitere Betriebsärzte an Schulen eingestellt werden, die vom Lehrpersonal während der Arbeitszeit aufgesucht werden können.“ Außerdem sollte das Aufgabenspektrum der Lehrer klarer und einheitlich definiert werden, um einer Überforderung durch die Ausführung von zusätzlichen Aufgaben vorzubeugen, forderte Larisch.

„Wenn es so weitergeht, wird die Qualität der Bildung in Bremen stark abnehmen“, prognostizierte Zachau.

Ein Video zum Thema finden Sie unter www.weser-kurier.de/video

Cornelia Holsten wiedergewählt

Weitere fünf Jahre Direktorin der Landesmedienanstalt

VON WIGBERT GERLING

Bremen. Der Medienrat der Bremischen Landesmedienanstalt (Brema) hat Cornelia Holsten als Direktorin wiedergewählt. Sie ist seit 2009 Chefin der Landesmedienanstalt. Holsten kann damit ihre nächste Amtszeit, die fünf Jahre läuft, am 1. Juli 2014 antreten. Eine Wiederwahl ist möglich.

Der Vorsitzende des Medienrats, Felix Holefleisch, begrüßte die Wahl: „Ich freue mich über die Entscheidung, die Kontinuität für die gemeinsame Zusammenarbeit in den kommenden Jahren bedeutet.“ Der Medienrat hatte die Aufgabe, unter elf Bewerbern für den Direktorenposten auszuwählen.



Cornelia Holsten bleibt Direktorin. FO: FR

Im Medienrat, der die Personalentscheidung getroffen hat, sind über zwei Dutzend Institutionen und Verbände vertreten – Parteien, Unternehmer, Gewerkschaften, Kirchen, Kultur- und beispielsweise auch Sozialeinrichtungen.

Die Landesmedienanstalt ist als Anstalt öffentlichen Rechts in Bremen unter anderem zuständig für die Zulassung und Aufsicht von privaten Hörfunk- und Fernsehangeboten. Zu den Aufgaben zählt die Überwachung von Jugendschutzbestimmungen und Werberegulungen.

Die Einrichtung, gespeist aus den Rundfunkgebühren und dem Vernehmen nach mit einem Jahresetat von gut 1,5 Millionen Euro ausgestattet, hat ihre Büros am Richtweg.

Bund beeinflusst Entscheidung der Bremer SPD

Partei erwartet Rücktritt von Parteichef Bovenschulte gegen Jahresende nach Berliner Koalitionsvotum

VON WIGBERT GERLING

Bremen. Noch ist Andreas Bovenschulte der Vorsitzende der SPD im Land Bremen – aber die Bundespolitik beeinflusst offenbar maßgeblich, wann er, wie angekündigt, sein Amt an der Spitze der Partei abgibt. Der Grund: Die Bremer SPD hatte Ende September unter seiner Führung in den Parteikonvent der Bundespartei eingespeist, dass das Ergebnis der CDU-SPD-Koalitionsverhandlungen in Berlin mit einer Befragung aller sozialdemokratischen Mitglieder unterlegt wird. Eine Abstimmung im Dezember gilt als wahrscheinlich – und damit auch, dass Bovenschulte zum Jahresende sein Spitzenamt in Bremen abgibt.

Ende vergangener Woche hatte Bovenschulte nach drei Jahren an der Spitze der Bremer SPD erklärt, er werde seine Funktion als Vorsitzender abgeben, um für das Amt des Bürgermeisters in Weyhe zu kandidieren. Offen blieb, wann aus seiner Sicht der richtige Zeitpunkt ist, um die Führung der Partei abzugeben und sich auf die Bewerbung in Weyhe zu konzentrieren. Dort wird voraussichtlich am 25. Mai gewählt.

Inzwischen gewinnt in den Parteigremien die weitere Terminplanung an Kontur. Für den kommenden Donnerstag ist vorgesehen, dass die Mitgliederversammlung der SPD-Weyhe darüber abstimmt, ob Andreas Bovenschulte – derzeit erster Gemeinderat in der Bremer Nachbargemeinde – dort als Kandidat für die Nachfolge von Bürgermeister Frank Lemmermann nominiert wird. Am darauffolgenden Tag kommt der Landesvorstand der Bremer SPD zusammen, um die Lage nach der Ankündigung Bovenschultes zu beraten, er werde die Parteiführung abgeben.

Über mögliche Kandidaten, die die Nachfolge Bovenschultes antreten könnten, soll dann noch nicht gesprochen werden. Offiziell. In hansestädtischen Parteikreisen aber wird bereits überlegt, wer infrage kommen könnte. Unter anderem heißt es, der Kreis der Frauen, die kandidieren könnten, sei eher klein. Demnach könnte es auf einen Mann hinauslaufen, der allerdings nicht unbedingt Carsten Sieling heißen müsste. Der Bundestagsabgeordnete war bereits einmal Landesvorsitzender. Da diese Funktion aber oft im Zusammenhang

CDU kritisiert Standortpolitik

Bremen (wk). 6000 neue Arbeitsplätze sollen laut Bürgermeister Böhrnsen (SPD) in Bremen-Nord entstehen. Jetzt steht ein weiteres Nordbremer Traditionsunternehmen vor dem Aus. Rund 100 Angestellte verlieren am Standort Grohn ihren Arbeitsplatz. Für die CDU ist die Schließung des Fliesenunternehmens „ein weiterer deutlicher Fingerzeig für die verfehlte Standortpolitik des Senats und zeigt einmal mehr die Notwendigkeit eines Strukturwandels in der Region“, sagt Silvia Neumeyer, stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende. Die CDU sieht hier den rot-grünen Senat und die Wirtschaftsförderung in der Pflicht. Ideologisch geleitete Maßnahmen, wie etwa die Ausweitung des Wasserschutzgebietes auf das ehemalige BWK-Areal sowie überlange Genehmigungsverfahren, „machen unsere Stadtteile für Wirtschafts- und Industrieunternehmen zunehmend unattraktiv“, kritisiert Silvia Neumeyer.

ANZEIGE

WESER-KURIER Live GEWINNSPIEL

TÄGLICH VOM 2. BIS 15. 11. 2013



Falls Sie kein Smartphone oder Tablet besitzen, können Sie auch in unserem Kundenzentrum oder einem der regionalen Zeitungshäuser teilnehmen.

WESER KURIER

Mitarbeiter der Unternehmen der WESER-KURIER Mediengruppe und deren Angehörige sind vom Gewinnspiel ausgeschlossen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.